

Wie ein «Blitzer» im Verkehr

Detailberatung Das Stadtparlament hat am Dienstag lange und intensiv über einzelne Positionen im städtischen Budget 2018 diskutiert. Viel verändert hat es dabei nicht. Was auch Thema in der Debatte war.

Reto Voneschen
reto.voneschen@tagblatt.ch

Der Teufel steckt im Detail, heisst es. Und das stimmt ganz sicher beim Stadt-sanktaller Budget mit seinen Hunderten von Positionen. Da den Überblick und die grossen politischen Linien nicht zu verlieren, ist in der Detailberatung des Voranschlags durchs Stadtparlament keine einfache Aufgabe. Die Debatte vom Dienstag um die einzelnen Positionen im Budget 2018 hat sich nicht von denjenigen anderer Jahre unterschieden. Dies obwohl die links-grüne Ratschäfte erstmals eine knappe Mehrheit hatte. Seit den Wahlen vom Herbst 2016 halten SP, Grüne, Junge Grüne, Juso und Politische Frauengruppe 32, CVP, FDP, SVP und EVP 31 Sitze. Weil ein SVP-Sitz bei der Detailberatung des Budgets 2018 vom Dienstag leer war, hatte Linksgrün zeitweise zwei Stimmen mehr. Mit richtig überrassenden oder grundsätzlicheren Anträgen ausgenutzt wurde das nicht. Und bürgerlicher Widerstand gegen einzelne Anliegen war nicht chancenlos.

Anträge formulieren, Mehrheiten suchen

Ein Thema bereits in der Eintretensdebatte zum Budget war der Einfluss, den das Stadtparlament dabei überhaupt hat. Michael Hugentobler (CVP) und Andreas Dudli (FDP) zeigten sich skeptisch: Es sei schwierig, in Budgetfragen im Parlament etwas zu bewegen, etwa Stadtrat und Verwaltung von der Notwendigkeit zum Sparen zu überzeugen. Einerseits sei der Aufwand sehr gross, um sich nur schon einen Überblick übers ganze Budget zu verschaffen. Zudem erleichtere die Informationspolitik von Stadtrat und Verwaltung die Sache nicht gerade.

Begründungen für Veränderungen von Budgetposten gegenüber dem Vorjahr im stadttraktlichen Bericht übers Budget seien häufig wenig aussagekräftig. Erst auf Nachfrage bekomme man ausführliche Begründungen. Als Beispiel für ungenügende Informationspolitik kritisierte CVP/EVP-Sprecher Hugentobler den Stellenplan: Dort werde nur die Nettozunahme an Stellen ausgewiesen. Darüber, ob auch überflüssig gewordene Stellen umgewidmet oder gar abgebaut worden seien, gebe es keine Auskunft.

Daniel Kehl, Präsident der SP/Juso/PFG-Fraktion, kritisierte in einem furiosen Vortrag unter anderem diese skeptische Sicht des Budgetprozesses. Es sei sehr wohl möglich, im Fall des Voranschlags den Job als Parlamentsmitglied zu machen. Man müsse sich auf Basis der



Blick in den Waaghaussaal während der Parlamentsitzung vom Dienstag.

Bild: Hanspeter Schiess

eigenen Weltanschauung und politischen Ziele einen Überblick übers Budget verschaffen, Anträge formulieren und dann im Gespräch mit potenziellen Partnerinnen und Partnern Mehrheiten suchen. Die SP, so legte Kehl gleich auch noch offen, habe als Ziel die Verbesserung

der Lebensqualität in der Stadt. Und Massnahmen dafür seien nun einmal nicht gratis zu haben. Seine Fraktion gehe bei ihrer Haltung zum Budget und bei ihren Anträgen in der Detailberatung von dieser Erkenntnis aus. Christian Neff (SVP) merkte zum Thema des parlamentarischen Einflusses aufs Budget an, dass man die präventive Wirkung der Parlamentsdebatte nicht vergessen dürfe. Es werde in der Verwaltung sehr wohl wahrgenommen, wenn das Parlament beispielsweise Kritik übe. Da wirke es ähnlich wie ein allen Autofahrern bekannter «Blitzer» auf einer Strassenkreuzung.

2017: Kleiner Überschuss statt kleines Defizit zu erwarten

In der Detailberatung selber kamen rund zwei Dutzend Budgetposten ausführender zur Sprache. Über acht Anträge zu meist relativ kleinen Einzelposten wurde auch abgestimmt (siehe Randspalte). Zu einem weiteren Dutzend Einzelposi-

tionen gab's Zusatzinformationen durch Evelynne Angehrn (SP), der Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Auch für 2018 bewirkte die Detailberatung des Voranschlags durchs Stadtparlament keine riesigen Veränderungen. Der Budgetentwurf des Stadtrates hatte im November knapp 9,7 Millionen Franken Defizit in der laufenden Rechnung vorgesehen. Durch zwischenzeitliche Veränderungen von Stadtrat und GPK betrug das budgetierte Finanzloch vor der Parlamentsitzung noch 8,5 Millionen. Unter Berücksichtigung weiterer Veränderungen und der am Dienstag gutgeheissenen Anträge liegt es jetzt wieder bei 9,2 Millionen. Ob es dann allerdings Ende 2018 wirklich so hoch ausfallen wird, ist offen. In den vergangenen Jahren waren die Rechnungsergebnisse der Stadt regelmässig besser als das Budget. Auch fürs laufende Jahr wird ein kleiner Überschuss anstelle des budgetierten kleinen Defizits erwartet.

Budget 2018

Laufende Rechnung	Mio. Fr.	+/- %
Gesamtaufwand	592,6	+2,7%
Gesamtertrag	583,4	+2,0%
Defizit (Aufwandüberschuss)	9,2	

Investitionsrechnung

Nettoinvestitionen	66,6	+8,7%
Selbstfinanzierung	36,0	-6,7%
Selbstfinanzierungsgrad	54,0%	

*gegenüber Budget 2017

Quelle: Stadt St. Gallen/Tabelle: jbr

Halbierte Abgabe, baulicher Unterhalt, Entwicklungshilfe

Abstimmungen Über acht konkrete Anträge musste das Stadtparlament am Dienstagabend bei der Detailberatung des Budgets 2018 abstimmen. Finanziell das grösste Volumen hatte ein Antrag von Remo Wäspé (SVP). Er verlangte, dass die Stadtwerke weiter sechs Millionen jährlich an die Stadtkasse abliefern sollen. Die vom Stadtrat beantragte Halbierung dürfe man nicht akzeptieren: Einmal gesenkt, werde die Ablieferung kaum wieder die alte Höhe erreichen. Im Parlament hatte der Antrag keine Chance: Er wurde mit 53 Nein gegen acht Ja bei einer Enthaltung abgemetzelt. Jetzt müsse Schuldentilgung bei den Stadtwerken der Ablieferung an die Stadtkasse vorgehen, lautete der Tenor.

Der zweitgrösste Zusatzposten schaffte die Hürde des Parlamentsmehrheits: Doris Königler hatte namens der SP/Juso/PFG-Fraktion beantragt, die Beträge für baulichen Unterhalt auf diversen Konten um insgesamt 532 000 Franken zu erhöhen. Vom Stadtrat beschlossene Kürzungen machten das keinen Sinn: Verschleppter Unterhalt werde am Schluss in aller Regel nur teurer. Dieser Meinung schloss sich Heini Seger (SVP) an, der das Thema schon in früheren Budgetdebatten kritisch beleuchtet und eine Trendwende verlangt hatte: Ein Ja zu diesem Antrag erhöhe die Transparenz. Das Parlament hiess die Aufstockung mit 39 zu 23 Stimmen gut.

Mehr Geld für die Ärmsten der Armen in der Dritten Welt

Widerstand gegen eine vom Stadtrat vorgeschlagene und von der Geschäftsprüfungskommission gutgeheissene Erhöhung der Entwicklungshilfe kam von der FDP und der CVP/EVP-Fraktion. Die Erhöhung um 84 000 Franken sei rein finanzpolitisch verfehlt, begründete Andreas Dudli (FDP). Die Stadt solle lieber Hilfsprojekte im Inland und nicht im Ausland unterstützen. Letzteres sei Aufgabe des Bundes, unterstützte Daniel Bertoldo (EVP). Diese Haltung «einer angeblich christlichen Partei» erschröte Beatrice Truniger (SP). Die Erhöhung verteidigt wurde auch von Jeyakumar Thurairajah (Grüne), Andrea Hornstein (PFG), Christian Neff (SVP) und Thomas Scheitlin. Hilfsprojekte im Inland, die die Kriterien für Beiträge erfüllen, gebe es kaum mehr, hielt der Stadtpräsident fest. Der Antrag gegen die Aufstockung der Entwicklungshilfe wurde vom Stadtparlament mit 31 Nein, 28 Ja und drei Enthaltungen abgelehnt.

Auch verworfen wurde eine Kürzung bei der Schriftenreihe der Stadt: Darin sollen 2018 zwei Bücher herauskommen. Die FDP wollte die Herausgabe des einen verschieben und so im kommenden Jahr 31 600 Franken sparen. Das Parlament lehnte dies mit 33 Nein, 28 Ja und einer Enthaltung ab.

Ein Beitrag für die Rechtsberatung des Gewerkschaftsbundes

Schiffbruch erlitten auch zwei Aufstockungsanträge von Etrit Hasler (SP). Er wollte den Förderpreis der Stadt für Kunstschaffende wieder jährlich verliehen (plus 40 000 Franken im Budget 2018) und zusätzlich verbilligte Atelierräume für Kunstschaffende bereitstellen (plus 75 000 Franken). Der erste Antrag wurde mit 31 Nein, 29 Ja und zwei Enthaltungen, der zweite mit 35 Nein und 27 Ja verworfen. Mit 31 Ja, 30 Nein und einer Enthaltung gutgeheissen wurde hingegen der SP/Juso/PFG-Antrag, die Rechtsberatung des städtischen Gewerkschaftsbundes wieder zu unterstützen und dafür ins Budget 2018 11 000 Franken aufzunehmen. Eher eine Formsache war der Entscheid, bei der Stadtpolizei 100 000 Franken zu streichen, weil sich die Beschaffung neuer Uniformen verzögert. 58 Parlamentsmitglieder sagten Ja, eines Nein und eines enthielt sich der Stimme. (vze)

Das Liegenschaftsamt und die Grünabfuhr

Ärger Die Detailberatung des Budgets ist auch der Ort, an dem Parlamentsmitglieder Ärger oder Wünsche anmelden können. Andreas Hobi (Grüne) tat dies am Dienstag bezüglich der auf 2017 neu eingeführten Grünabfuhr. Er stellte fest, dass ausgerechnet das städtische Liegenschaftsamt bis jetzt kein einziges Abo für diese neue Dienstleistung abgeschlossen habe. Die Mieter der 214 von diesem Amt verwalteten stadteigenen Objekte müssten sich bei Interesse an der Grünabfuhr selber organisieren.

Für Stadtparlamentarier Andreas Hobi ist das kein Zustand: Alle Mieterinnen und Mieter müssten die Grundgebühr für diese neue Abfuhr bezahlen. Finanziert werde sie nämlich mit zwei Säulen: der Grundgebühr und dem Abo, das alle Privaten lösen müssten, die organische Abfälle durch die Stadt abgeholt haben wollten. Dieses Konzept habe man

gewählt, um die Kosten im Griff halten zu können, erinnerte Andreas Hobi in seinem Votum in der Detailberatung des Voranschlags 2018.

Es sei ungerecht, wenn ausgerechnet die städtische Liegenschaftsverwaltung bezüglich der Nutzung der Grüngutabfuhr durch seine Mieterinnen und Mieter nicht aktiv werde. Private Vermieter hätten dies in grösserem Umfang getan. Und es handle sich ja auch um eine klassische Aufgabe einer Liegenschaftsverwaltung. Andreas Hobi kündigte an, dass in dieser Angelegenheit ein Vorstoss eingereicht werde. Dies ist inzwischen in Form einer Interpellation mit kritischen Fragen zum Vorgehen des Liegenschaftsamtes geschehen. Bis Ende Oktober hatten das Entsorgungsamts 1418 Abos für 1457 Grüngutcontainer abgeschlossen. Damit waren rund 5700 Haushalte der Grünabfuhr angeschlossen. (vze)

Was kostet das Kinderfest die St. Galler Stadtkasse wirklich?

Vollkosten Das St. Galler Kinderfest findet alle drei Jahre statt. Dabei ist jeweils die ganze Stadt auf den Beinen. 2018 ist wieder ein Kinderfestjahr. Damit ist nur logisch, dass der Traditionsanlass am Dienstagabend auch ein Thema bei der Beratung des Budgets im Stadtparlament war. Fürs Fest sind im Voranschlag 1,4 Millionen Franken vorgesehen. Wo bei in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) bei der Vorberatung der Antrag gestellt wurde, 185 000 Franken davon zu streichen und so wieder auf das Kostenniveau vor 2012 zurückzukehren. In der GPK scheiterte das Ansinnen mit einer Ja-gegen neun Nein-Stimmen bei einer Enthaltung glorios. Und im Parlament war der Budgetposten jetzt völlig unbestritten.

Allerdings merkte GPK-Präsidentin Evelynne Angehrn (SP) in ihrer Berichterstattung aus der Kommissionsbera-

tung an, dass die Vollkosten für die Durchführung eines Kinderfestes deutlich höher liegen als der Betrag, der jeweils im Budget dafür eingestellt wird. Nicht in der Rechnung der Stadt ausgewiesen werden nämlich die Kosten für viele Arbeiterinnen und Mitarbeiter für den Anlass intern leisten. Die dabei anfallenden Stunden werden weder in der Schule noch in der Verwaltung separat erhoben. Gemäss grober Schätzung dürften gemäss Evelynne Angehrn verwaltungsintern fürs Kinderfest 2018 rund 10 000 bis 20 000 Arbeitsstunden geleistet werden. Das entspricht auf ein Jahr betrachtet zwischen fünf und zehn Vollzeitstellen oder Kosten zwischen nochmals 700 000 und 1,4 Millionen Franken. Vom Kinderfest mitbetroffen sind im Durchführungsjahr in Schule und Verwaltung jeweils rund 470 Stellen. (vze)